



Sicherheit in den Stadien

Innenminister will Fußballclubs nicht an Einsatzkosten beteiligen

Nordrhein-Westfalen soll laut Ralf Jäger nicht dem Beispiel der Hansestadt Bremen folgen, die der DFL Kosten für Risikospiele von Werder Bremen in Rechnung stellt.

Der Innenminister antwortet auf meine parlamentarische Kleine Anfrage, polizeiliche Einsatzmaßnahmen zur Aufrechterhaltung der Sicherheit bei Großveranstaltungen ließen sich nicht nur auf den Fußball beschränken. Eine finanzielle Beteiligung der Vereine an den Einsatzkosten könne der Gewalt im Fußball nicht entgegenwirken.

Der Innenminister will das Bremer Modell noch nicht einmal prüfen lassen – offensichtlich scheut er davor zurück, die Fußballvereine mit diesem Thema zu konfrontieren. Hat er Angst davor, dass die Fußballfans in NRW bei den nächsten Wahlen nicht auf Rot setzen?

Die Polizei sollte sich auf die Verbrechensbekämpfung im Sinne aller Bürger konzentrieren, zum Beispiel lieber gegen Einbrecherbanden vorgehen, als permanent mit großer Stärke in Fußballstadien gebunden zu sein. Die Anfrage können Sie hier lesen: <http://kurzlink.de/GGkostenRisikospiele2>.

Klausurtagung der CDU-Fraktion

Beschlüsse zu TTIP, Inklusion an Schulen und Breitbandausbau



Bei der Klausurtagung der CDU-Landtagsfraktion in Ostwestfalen-Lippe sprach Friedrich Merz, Vorstandsvorsitzender der Atlantikbrücke, über die Chancen, die das Freihandelsabkommen TTIP für Nordrhein-Westfalen bringt.

Die Fraktion verabschiedete im Anschluss einen Beschluss zu TTIP, um für den erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen zu werben. Fraktionsvorsitzender Armin Laschet betonte, das strategische Bündnis zwischen Europa und den USA könne mit TTIP erneuert und gestärkt werden. Durch das Freihandelsabkommen werde der erfolgreiche europäische Binnenmarkt auf den transatlantischen Raum ausgedehnt. „Nordrhein-Westfalen als das Exportland der Bundesrepublik profitiert am meisten von TTIP“, so Laschet. Auch die rot-grüne Landesregierung solle endlich offensiv vermitteln, dass Menschen und Unternehmen in NRW zu den Gewinnern des Abkommens gehören. Merz begrüßte den Beschluss ausdrücklich.

Bei der Klausurtagung wurden auch Anträge zur Verbesserung der Inklusion an Schulen, zur Förderung des Breitbandausbaus, zur Unterstützung des Mittelstands bei der digitalen Transformation und zur Sicherung der Kunstsammlung der ehemaligen WestLB beschlossen.

Diskussion um die Impfpflicht

Was unternimmt die Landesregierung, um eine Epidemie zu verhindern?

Durch den massiven Ausbruch der Masern in Berlin wird über die Einführung der Impfpflicht für diese Krankheit diskutiert.

Laut Medienberichten könnte der Ausgangspunkt der aktuellen Masernwelle möglicherweise eine Flüchtlingsunterkunft in Berlin sein, wo die Krankheit unter Asylbewerbern aus Bosnien und Serbien ausgebrochen war. Ein Problem besteht hierzulande in der eingeschränkten Gesundheitsversorgung für Flüchtlinge. Abhilfe könnte die Einrichtung von zentralen Impfstellen schaffen. In einer parlamentarischen Kleinen Anfrage möchte ich von der Landesregierung wissen, wie sie zu diesem Thema und zur generellen Einführung einer Impfpflicht steht.